Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 15 086
Schriftliche Anfrage

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)

vom 27. November 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dezember 2014) und **Antwort**

Wie will der Senat den Berlinern in Zukunft besser aus der Schuldenfalle helfen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche konkreten Pläne mit welchen finanziellen Ressourcen hat der Berliner Senat insbesondere für 2016/2017, um das Angebot der Schuldnerberatungsstellen in Berlin zu verbessern, angesichts dessen, dass immer mehr Berlinerinnen und Berliner in der Schuldenfalle stecken und zusätzliche Aufgaben durch Gesetzesreformen auf die bestehenden Einrichtungen zugekommen sind?

Zu 1.: Aus Sicht des Senats liegt die Lösung der Problemlagen der Verschuldung von Bürgerinnen und Bürgern im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Von hoher Wichtigkeit ist neben dem fachlichen Angebot der Schuldner- und Insolvenzberatung vor allem die präventive Arbeit. Im Fokus sollten dabei nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher sondern vor allem auch Handel und Gewerbe stehen.

Hinsichtlich der Berücksichtigung des Produktbudgets im Transferplafond wird auf die Darstellung in der Antwort zu Frage 4 und 7 der Kleinen Anfrage 17/12916 Anfang des Jahres verwiesen.

Der Senat erwägt mögliche Anpassungen, die dann in die Aufstellung des nächsten Haushaltsplanes 2016/2017 einfließen würden.

2. Welche Angebote und Netzwerke gibt es, um Menschen in der Schuldenfalle, die sich oft auch in weiteren schwierigen Situationen befinden, zu helfen, welche Pläne hat der Senat, um diese Angebote auszubauen ?

Zu 2.: Berlin verfügt über ein gutes Netz an anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in denen kostenlose und qualifizierte Beratung angeboten wird.

In jedem Stadtbezirk gibt es mindestens eine solche Beratungsstelle. Alle anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Berlin sind in einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Auf deren Webseite (www.schuldnerberatung-berlin.de) gibt es umfangreiche Informationen rund um das Thema Schulden. Dazu gehören neben den Adressen der Beratungsstellen eine Reihe von Ratgeber-broschüren, die Hilfe für die ersten Schritte einer Schuldenregulierung oder zu Möglichkeiten eines Verbraucherinsolvenzverfahrens enthalten bzw. mit denen detaillierte Informationen zu speziellen Problembereichen zur Verfügung gestellt werden (z. B. zu Mietschulden, Kontopfändung, Schulden aus Selbstständigkeit).

Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, in einem datengeschützten Onlineportal per Mail oder Chat mit einer anerkannten Beratungsstelle Kontakt aufzunehmen.

In allen Bezirken bestehen Kontakte zwischen den anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und den Jobcentern. Schuldnerberatungssprechstunden werden direkt in den Jobcentern / der Jobassistenz angeboten oder das Jobcenter belegt eine bestimmte Anzahl von Terminen in der jeweils ansässigen Beratungsstelle.

Alle Beratungsstellen sind vernetzt mit den verschiedenen sozialen Diensten des jeweiligen Bezirkes – insbesondere mit den Fachstellen zur Wohnungssicherung und den Jugendämtern – sowie mit anderen Projekten angrenzender Beratungszweige von Trägern der freien Wohlfahrtspflege (z. B. zur Suchthilfe, Frauennothilfe, Straffälligenhilfe, Migrationsberatung, Quartiersmanagement, Stadtteilzentren).

Soweit es die Kapazität in den Beratungsstellen zulässt, werden in Schulen und Jugendeinrichtungen Präventionsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus bestehen meist enge Verbindungen zu den für das Verbraucherinsolvenzverfahren zuständigen Richterinnen und Rechtspflegerinnen bei den Amtsgerichten.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Kontakte bestehen außerdem zu Stiftungen, die in besonderen sozialen und wirtschaftlichen Notlagen helfen können.

Berlin, den 15. Dezember 2014

In Vertretung

Dirk G e r s t l e

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Dez. 2014)